

KOMPAKT

Zionismus

**BUCHPRÄSENTATION** Am Dienstag, 1. Juni, 19 Uhr, gibt es auf Einladung der Abteilung für Jüdische Geschichte und Kultur eine Online-Buchpräsentation mit Fabian Weber. Der Autor von *Projektionen auf den Zionismus. Nichtjüdische Wahrnehmungen des Zionismus im Deutschen Reich 1897–1933*, erschienen bei Vandenhoeck & Ruprecht, fokussiert erstmals auf die Wahrnehmung des Zionismus unter Nichtjuden im Deutschen Reich. Die zionistische Bewegung und die deutschen Zionisten werden dabei nicht nur als Teil der jüdischen Geschichte, sondern vor allem aus der Außenperspektive nichtjüdischer Akteure untersucht, die an den Zionismus politische und wirtschaftliche Interessen knüpften sowie spirituelle Sehnsüchte und stereotype Bilder auf diesen projizierten. Eine Voranmeldung unter [juedische.geschichte@lrz.uni-muenchen.de](mailto:juedische.geschichte@lrz.uni-muenchen.de), möglichst bis 28. Mai, spätestens jedoch bis 12 Uhr am Veranstaltungstag, ist erforderlich, um den Zugangscode zur Zoom-Veranstaltung zu erhalten. *ikg*

Porträts

**AUSSTELLUNG** Bis 2. Juli ist die berühmte Reihe »Jüdische Porträts« von Herlinde Koelbl in der Bayerischen Akademie der Schönen Künste, Max-Joseph-Platz 3, ausgestellt. Geöffnet ist Dienstag bis Samstag von 11 bis 17 Uhr. Die großformatigen Schwarz-Weiß-Fotografien deutschsprachiger Juden, die der Schoa entkamen, werden durch Auszüge aus Interviews, die Koelbl mit den Porträtierten führte, ergänzt. Hier ist es der eindringliche Blick der Schriftstellerin Grete Weil, dort das Zitat des Soziologen Norbert Elias: »Ich bin, was ich bin. Ein deutscher Jude.« Joachim Gauck, Bundespräsident a. D., würdigt das Projekt mit folgenden Gedanken: »Und was vermag die Fotografie? Was vermag diese Arbeit von Herlinde Koelbl? Sie schafft es, diese Menschen vor unsere Augen zu bringen, sodass wir ein Gespräch beginnen können – mit ihnen und mit uns selbst. (...) Deutlicher, als es in unseren Alltags geschichte, wird uns bewusst, wie fragil unser Menschendasein ist, unsere Würde, unser Leben, unsere Freiheit. Und dass wir immer eine Wahl haben: ob wir zu den Bedrohern, den Gleichgültigen oder Mitfühlenden und Bewahrenden gehören wollen.« Für den Besuch der Ausstellung ist eine Voranmeldung erforderlich unter [www.xing-events.com/herlinde-koelbl](http://www.xing-events.com/herlinde-koelbl). *ikg*

Studie

**DOKUMENTATION** Der Verein für Aufklärung und Demokratie e.V. (VAD) und die Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Bayern (RIAS Bayern) veröffentlichten dieser Tage einen Bericht über antisemitische Vorfälle in Bayern 2020. Waren es 2019 noch 184 bekannt gewordene antisemitische Fälle, so stieg die Zahl im vergangenen Jahr auf 239, was einer Zunahme von knapp 30 Prozent entspricht. »Auffällig«, so heißt es in der Studie, »ist die hohe Zahl von 108 Vorfällen, die einen Bezug zur Coronapandemie hatten.« Die Zahl sei von 134 auf 194 und damit um 45 Prozent gestiegen. Unter [info@rias-bayern.de](mailto:info@rias-bayern.de) kann die vom Bayerischen Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales mitgetragene Dokumentation angefordert werden. Unter dieser E-Mail-Adresse, aber auch telefonisch unter 089/122 23 40 60 können antisemitische Vorfälle in deutscher, englischer und russischer Sprache gemeldet werden. *ikg*

Solidarität

**RUNDBRIEF** Inmitten der Unsicherheit, die die Welle von Antisemitismus und Israelhass in den vergangenen Wochen unter den Mitgliedern der jüdischen Gemeinschaft ausgelöst hatte, konnte IKG-Präsidentin Charlotte Knobloch auch »ein ermutigendes Zeichen« erkennen. Unzählige Menschen hätten in dieser Zeit mit Zuschriften und E-Mails ihre Solidarität mit der jüdischen Gemeinde bekundet, schreibt die Präsidentin der Israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern in einem Rundbrief an die Mitglieder. *ikg*

# Antisemitismus bekämpfen

**LANDTAG** Fraktionen verabschieden gemeinsame Resolution – mit Ausnahme der AfD

VON HELMUT REISTER

**G**anz verschwunden war Antisemitismus nach dem Ende der Nazidiktatur nie. Aber Fahnen mit dem Davidstern, die mitten in Deutschland wieder brennen, markieren eine besorgniserregende Entwicklung. »Wer jetzt noch von Alarmzeichen spricht, verkennt die Lage. Es brennt bereits lichterloh«, betonte Charlotte Knobloch, Präsidentin der Israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern, bei einem Termin im Bayerischen Landtag.

Alle dort vertretenen Fraktionen, mit Ausnahme der AfD, verabschiedeten in der vergangenen Woche gemeinsam die parteiübergreifende Resolution »Antisemitismus entschieden bekämpfen!«. Unmittelbarer Anlass für dieses politische Zeichen waren der gemeinsamen Erklärung zufolge »die deutliche Zunahme antisemitischer Vorfälle im Zuge des Nahostkonflikts und das Wissen um die historische Verantwortung«. Initiiert wurde die Resolution, der sich CSU, Grüne, SPD und FDP anschlossen, von den Freien Wählern. Ziel der gemeinsamen Resolution ist es, Antisemitismus und dessen Ursachen entschieden und mit allen zur Verfügung stehenden rechtsstaatlichen Mitteln zu bekämpfen. Damit solle, wie es in der Erklärung heißt, aktives jüdisches Leben in Bayern auch in Zukunft ermöglicht werden.

**AUFSCHREI** Dieser »demokratische Aufschrei«, wie die IKG-Präsidentin die Resolution bezeichnete, könne angesichts der gesellschaftlichen Entwicklungen gar nicht dringlicher sein. Sie sprach von »großer Angst und Unsicherheit« innerhalb der jüdischen Gemeinschaft und einem bereits bestehenden Verlust des Grundvertrauens gegenüber der Gesellschaft. Als Jude sichtbar in den sozialen Medien aktiv zu sein, so Knobloch, reiche als Initialzündung für Hasstiraden bereits aus.

Auf die »zunehmenden Angriffe und Drohungen« wies bei der Vorstellung der Resolution Katharina Schulze hin, Fraktionsvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen. »Antisemitische Straf- und Gewalttaten sind allein in den letzten beiden Jahren in Bayern um über 60 Prozent gestiegen«, sagte sie mit Blick auf die Zahlen des Landesamtes für Verfassungsschutz.

»Ein vielfältiges jüdisches Leben zu bewahren, zu beschützen und gegen jede Form des Hasses zu verteidigen«, sieht Florian Streibl, Fraktionschef der Freien Wähler, als Auftrag und Verpflichtung an. »Zur Verantwortung des Freistaats Bayern zählt auch, für die Sicherheit seiner Bürgerinnen und Bürger zu sorgen und ihnen ein Leben nach unseren Grundrechten und ohne Angst vor Hass und Gewalt zu ermöglichen«, stellte er fest.

Konsequentes staatliches Vorgehen gegen alle Formen von Extremismus, Rassismus und Antisemitismus ist den Worten von Thomas Kreuzer zufolge unerlässlich. In Bayern und ganz Deutschland dürfe kein Platz für radikale Parallelgesellschaften sein, in denen Hass, Intoleranz und Antisemitismus gedeihen könnten, sagte der CSU-Fraktionschef und kündigte eine



Fotos: Marina Maisel, Andreas Gebert



IKG-Präsidentin Charlotte Knobloch bei der Solidaritätsdemo für Israel auf dem Odeonsplatz (l.) und im Bayerischen Landtag (r.)

harte Gangart an: »Wer sich hier nicht integrieren will, wer seine Freiheitsrechte durch antisemitische Hetze und Gewalt missbraucht und unseren Rechtsstaat missachtet, der muss unser Land verlassen.«

**Eine Politik, die nicht handle, verliere ihre Daseinsberechtigung, sagte Charlotte Knobloch.**

Umso wichtiger sei es in diesem Zusammenhang, dass die Resolution auch politisch konkret umgesetzt werde, betonte Charlotte Knobloch. »Wenn politische Extremisten und muslimische Verbände Israel- und Judenhass befeuern, dann werden nicht tolerierbare Grenzen überschritten«, sagte sie und wies zugleich darauf hin, dass eine Politik, die hier nicht handle, ihre Daseinsberechtigung verliere.

Ein entschiedenes, gemeinsames »Nie wieder« sei angesichts der aktuellen Entwicklungen zwingend geboten, machte Horst Arnold als Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion deutlich. »Die in den letzten Tagen stattgefundenen Krawalle,

die feigen Aktionen gegen unsere jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürger zeigen uns, dass der Antisemitismus immer wieder hochkommt, wenn wir als demokratische Parteien nicht genau aufpassen«, betonte er.

**ISRAELFEINDLICHKEIT** Für die FDP-Fraktion spielen die unterschiedlichen Formate von Juden- und Israelfeindlichkeit in einer Hinsicht keine Rolle. »Antisemitismus, egal, aus welcher Richtung er kommt, darf in Bayern keinen Platz haben«, machte FDP-Fraktionschef Martin Hagen deutlich. Angesichts der besonderen Verantwortung, die Deutschland trage, dürfe man seiner Ansicht nach auch nicht neutral bleiben, wenn Israel von Terrororganisationen angegriffen werde.

Propalästinensische Demonstrationen mit antisemitischen Auswüchsen fanden in den vergangenen Tagen in verschiedenen Städten statt, auch in München. Angesichts des Szenarios, das sich dabei bot, zeigte sich Charlotte Knobloch äußerst betroffen. »Ich bin zutiefst erschüttert, wie schamlos und offen der Antisemitismus auf den Demonstrationen der letzten Tage zur Schau gestellt wurde«, sagte sie.

Derartige Erscheinungen dürften die Abgeordneten auch dazu bewegen haben, der Bekämpfung von Antisemitismus oberste Priorität einzuräumen. Neben den

Aktivitäten, die die Staatsregierung für den Schutz jüdischen Lebens in den vergangenen Jahren bereits unternommen hat, wird in der Resolution ein ganzes Bündel von weitergehenden Maßnahmen genannt.

Gefördert werden soll künftig auch zivilgesellschaftliches Engagement gegen Antisemitismus, ebenso sollen außerschulische Bildungseinrichtungen unterstützt werden. Zur Sicherung des vielfältigen jüdischen Lebens als wichtiger Bestandteil Bayerns gelte es, den Dialog der Religionen weiter zu befördern. Ferner müsse die Grundlage staatlichen Handelns die Arbeitsdefinition von Antisemitismus der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA) sein.

Die Aufrechterhaltung des Gedenkens an den Holocaust durch Unterstützung von Erinnerungseinrichtungen, KZ-Gedenkstätten und Bildungseinrichtungen soll ein weiterer Schwerpunkt der Arbeit sein. Auch sei es notwendig, eine Relativierung der Nazi-Terrorherrschaft zu verhindern. Dazu zähle auch, den Kampf gegen Antisemitismus als Kern des eigenen Werteverständnisses zu begreifen.

Der Ausbau der Erinnerungsarbeit steht ebenfalls auf der Agenda der Abgeordneten. Gute Ansätze dazu biete unter anderem das aktuelle Jubiläum »1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland«.

## An der Seite Israels

**ODEONSPLATZ** Zahlreiche Organisationen und Vereine riefen zu einer breiten Solidaritätskundgebung auf

Solidarität mit Israel zu zeigen, aber auch ein Zeichen gegen den wachsenden Antisemitismus zu setzen, war bei Michael Movchin, Vorsitzender des Verbands Jüdischer Studenten in Bayern (VJSB), nicht nur Gedankenspiel. Er organisierte innerhalb weniger Stunden eine Pro-Israel-Kundgebung auf dem Odeonsplatz und fand sofort viele Mitstreiter.

Zu den weiteren Initiatoren zählten die Deutsch-Israelische Gesellschaft und deren Junges Forum, das Linke Bündnis gegen Antisemitismus München, die Zionistische Organisation, die Vereine Ili – I like Israel sowie Demokratie und Information (DEIN), der Jüdische Nationalfonds – Keren Kayemeth LeIsrael, Keren Hayesod und der TSV Maccabi München. Die Israelitische Kultusgemeinde war bei der Kundgebung am vorvergangenen Freitag

durch die Präsidentin, die beiden Vizepräsidenten, zahlreiche Vorstandsmitglieder und den Geschäftsführer vertreten.

Aus welchen unterschiedlichen Ecken die Solidaritätsbekundungen mit Israel und den Juden kamen, machten die Redner deutlich. Katrin Habenschaden, Münchens zweite Bürgermeisterin, trat ans Mikrofon, ebenso wie Bayerns Antisemitismusbeauftragter Ludwig Spaenle und FDP-Landtagschef Martin Hagen, DIG-Vorsitzende Rozsika Farkas sowie Sarah Scherz vom WIZO-Vorstand, Thomas Münz, Vorsitzender der Zionistischen Organisation, Maccabi-Präsident Robby Rajber und auch Grünen-Stadtrat Dominik Krause.

Frieden im Nahen Osten – diesen Wunsch äußerten alle Redner und sprachen damit den mehreren Hundert Besuchern der Kundgebung aus dem Herzen.



VJSB-Vorsitzender Michael Movchin

Genauso deutlich machten sie aber auch, dass es in der Gesellschaft keinen Platz für Antisemitismus geben dürfe. In der Einladung für die Solidaritätsdemonstration hieß es dazu: »Dass Israel-Flaggen vor Synagogen verbrannt werden und Synagogen zum Ziel von Angriffen werden, können und wollen wir nicht akzeptieren.«

Wie Michael Movchin am Rande der Kundgebung betonte, sind von dem wachsenden Antisemitismus auch junge jüdische Menschen betroffen. Vor allem in sozialen Medien herrsche ein beängstigendes Klima. Er selbst beschreibt seine Situation so: »Ich bin hier in München geboren, in Deutschland aufgewachsen, und ich möchte hier leben. Aber die Frage ist, ob man auch möchte, dass wir in diesem Land leben.« *hr*

Foto: Marina Maisel